



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

II-3302 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.110/114-I/6/91

6. September 1991

An den
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W I E N

1497/AB
1991 -09- 10
zu 1508/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Schwärzler, Dr. Lukesch und Kollegen haben am 11. Juli 1991 unter der Nr. 1508/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Erreichung der Bundesministerien zum Ortstarif gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Sind Sie bereit, die Benachteiligung von Bürgern aus peripheren Regionen zu beseitigen, indem Sie sich dafür einsetzen, daß die einzelnen Bundesministerien für alle Bürger der Republik Österreich zum Ortstarif erreichbar sind?
2. Wenn ja, bis wann können Sie sich eine Realisierung in den einzelnen Bundesministerien vorstellen?
3. Werden Sie sich als Bundeskanzler dafür einsetzen, daß diese Forderung in allen Ministerien noch im Jahre 1991 realisiert wird?
4. Wenn nein zu Frage 3, warum können Sie der Forderung benachteiligter Bürger aus peripheren Regionen nicht nachkommen?
5. Welche technischen Maßnahmen wären erforderlich, um sicherzustellen, daß alle Bürger in Österreich grundsätzlich zum Ortstarif die Bundesministerien erreichen können?

- 2 -

6. Mit welchen Mindereinnahmen müßte die Post rechnen, wenn bei Gesprächen mit den öffentlichen Dienststellen in Österreich grundsätzlich nur mehr der Ortstarif zur Anwendung gelangen würde?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

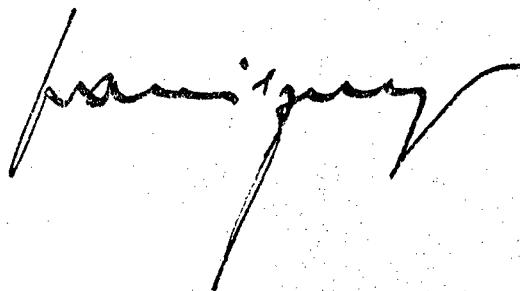
Im Rahmen des von der Post eingerichteten "Service 660" ist bereits jetzt die Erreichbarkeit der einzelnen Bundesministerien zum Ortstarif aus ganz Österreich technisch möglich.

Ein großer Teil der Bundesministerien hat von dieser Möglichkeit schon Gebrauch gemacht und zum Ortstarif erreichbare Auskunftsstellen eingerichtet.

Auch seitens des Bundeskanzleramts wurden bereits Überlegungen in dieser Richtung angestellt; eine Entscheidung ist aber noch nicht erfolgt.

Im übrigen verweise ich auch auf die Beantwortung des Herrn Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr zu der an ihn gerichteten Anfrage Nr. 1509/J.

Ich werde die gegenständliche parlamentarische Anfrage zum Anlaß nehmen, jene Bundesminister, in deren Ressort eine solche Einrichtung noch nicht besteht, auf die in der Anfrage dargestellte Problematik hinzuweisen.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'F. W. ...', written in a cursive style.